NR. 179 08.02.2017

www.laender-analysen.de/ukraine

MILITÄRISCHER KONFLIKT IN DER OSTUKRAINE KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND FINANZIELLE TRANSPARENZ (TEIL 2)

KOMMENTAR
Russischer Winter
Die erneute militärische Eskalation des Konfliktes in der Ostukraine 2
Von Oleg Kaschin

DOKUMENTATION
Presseerklärung des Ukraine-Sondergesandten der OSZE 4

KOMMENTAR
Für die Ukraine sind Transparenz und Rechtstaatlichkeit wichtiger als De-Oligarchisierung 5
Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOKUMENTATION
Die Ukraine in internationalen Korruptions- und Transparenz-Rankings 7

CHRONIK
23. Januar – 5. Februar 2017 11

DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Forschungsstelle **Osteuropa** an der Universität Bremen
ZOIS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
Centre for East European and International Studies

KOMMENTAR

Russischer Winter

Die erneute militärische Eskalation des Konfliktes in der Ostukraine

Von Oleg Kaschin

Der folgende Kommentar des russischen Journalisten Oleg Kaschin erschien ursprünglich auf *Republic* und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht. Die Plattform *dekoder.org* verbindet zwei Content-Typen, die sich gegenseitig ergänzen: übersetzte Originalbeiträge russischer Medien und Erklärtexte von Osteuropa-Wissenschaftlern aus europäischen Instituten (auf dekoder Gnosen genannt, von gr. gnosis: Erkenntnis). Beide greifen auf *dekoder.org* ineinander und stellen so ein Instrument zur Verfügung, um »Russland zu entschlüsseln« und ein direktes Eintauchen in die Debatten des Landes zu ermöglichen. Wir danken dekoder, *Republic* und Oleg Kaschin für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Einleitung von dekoder

Awdijiwka und Donezk sind die Chiffren, die die Gefechte im Donbass zurück ins Bewusstsein bringen. Die russische Gesellschaft bleibe dabei seltsam teilnahmslos, meint Oleg Kaschin auf Republic und prognostiziert: Das Desinteresse wird sie noch einholen.

Im Donbass gab es zum Zeitpunkt der Publikation des Textes Anfang Februar 2017 die schwersten Kämpfe seit Langem zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Separatisten. In Awdijiwka harrten zehntausende Einwohner ohne Strom und Heizung aus, auf beiden Seiten der Frontlinie gab es Tote. Neue Tote in einem Konflikt, der nach UN-Angaben bislang knapp 10.000 Menschen das Leben gekostet hat. Die Waffen haben trotz des 2015 vereinbarten Minsker Friedensabkommens nie geschwiegen.

In einigen russischen Medien wird derzeit über die konkrete Gemengelage vor Ort spekuliert, während andere analysieren, wie sich die Haltung des neuen US-Präsidenten Trump künftig auswirken könnte. Auf dem unabhängigen Online-Portal Republic fragt Journalist Oleg Kaschin dagegen nur am Rande nach möglichen Interessen oder Stellungskämpfen, sondern fokussiert auf Gefühle und Befindlichkeiten innerhalb der russischen Gesellschaft.

Kaschin selbst polarisierte mitunter mit Aussprüchen wie dem, dass die Ukraine von Russland keinen Kniefall erwarten könne, gilt jedoch als scharfsinniger Kritiker des Kreml und der russischen Ukraine-Politik. In seinem Kommentar nun fragt Kaschin: Ist das, was im Donbass geschieht, eigentlich jemals in den Köpfen angekommen?

Russischer Winter

Beschuss von Awdijiwka und Donezk – das klingt wie eine Nachricht aus dem vorletzten Winter, die wie durch ein Missverständnis in den Informationsstrom von 2017 geraten ist. Kreml-Pressesprecher Dimitri Peskows Wortschöpfung »eigenmächtige Kampfeinheiten«, denen die Schuld an der Eskalation zugeschrieben wird, ist dermaßen schwammig, dass man darunter fassen kann, wen man will – sowohl prorussische Separatisten als auch ukrainische Freiwilligenbataillone, die unabhängig handeln, oder aber auch die ukrainische Armee (in dem Sinne, dass die Ukraine ein eigenmächtiger Staat ist und seine Kampfeinheiten entsprechend auch eigenmächtig sind).

Die unvorsichtige Äußerung eines ukrainischen Generals, die ukrainischen Streitkräfte würden »Schritt für Schritt« vordringen, hatte Peskow ebenfalls aufgeschnappt: Seht, die Ukrainer haben selbst zugegeben, dass sie angreifen, also sind sie der Aggressor. Und ein Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*, in dem eine anonyme Quelle aus deutschen Regierungskreisen davon spricht, die ukrainische Seite sei an einer Zuspitzung interessiert, wird in der offiziellen russischen Presse schon den dritten Tag munter zitiert.

Interessant ist eine Beobachtung der russischen *Life*-Journalistin Anastasija Kaschewarowa. Sie schreibt, Drehteams staatlicher russischer Fernsehsender aus Moskau seien schon frühzeitig nach Donezk geschickt worden – und zieht den naiven Schluss, dass die russischen Geheimdienste offensichtlich wussten, die Ukrainer würden einen Angriff beginnen. Aber genauso gut kann man die Entsendung von Journalisten in den Donbass als Beweis dafür nehmen, dass man in Moskau schon frühzeitig über einen bevorstehenden Angriff der Separatisten im Bilde war – schließlich sind solche Informationen für Russland einfacher zugänglich als die Pläne der ukrainischen Armee.

Noch vor kurzem wurde dem Donbass gern ein ähnliches Schicksal wie Transnistrien vorausgesagt. Vorerst jedoch erinnert er eher an Bergkarabach. Denn die bei-

den Seiten stehen dem derzeitigen politischen Schwebezustand und umstrittenen Status nicht gleichgültig gegenüber, wie es dagegen in Moldawien der Fall ist. Stattdessen kommt es bei jeder erstbesten Gelegenheit zu Gefechten, unter ständiger Gefahr eines großen Krieges. Aber auch der Vergleich mit Bergkarabach hinkt ein wenig: In dem südkaukasischen Konflikt sind beide Seiten zumindest in einem, wenn auch ausgedachten, Geist erzogen, nämlich im Geist einer fanatischen Verbundenheit mit der für beide Länder heiligen Erde.

Im Donbass dagegen klingt schon allein das Wort *Koksochim* (so heißt die beschossene Fabrik in Awdijiwka, von der die Wärmeversorgung der Stadt abhängt) dermaßen finster, dass bei seinem Klang nicht einmal das Herz des glühendsten Patrioten höher schlagen wird. Tote Erde, bevölkert von lebenden Menschen – so müsste man den Donbass im Moment wohl korrekterweise nennen.

Nach nicht einmal drei Jahren herrscht hier Krieg in seiner reinsten Form, jeglicher Verzierungen entledigt: ohne ergreifende Losungen, eingängige Parolen, weltweite Aufmerksamkeit und ohne klaren Schlusspunkt, auf den ein garantierter Frieden folgt.

Das alles ist in den Jahren 2014 und 2015 verlorengegangen und geblieben ist einfach nur ein Krieg. Ein endloser, sinnloser, keine Seele mehr berührender Krieg. Es ist schwer zu sagen, ob Donald Trump sich darüber im Klaren ist oder ob er überhaupt Zeit hat, sich darüber Gedanken zu machen – zwischen Migrantenbekämpfung und Mauerbau an der mexikanischen Grenze. Doch liegt es auf der Hand, dass es dabei gerade um ihn geht: Jede Salve bei Awdijiwka ist an den neuen amerikanischen Präsidenten adressiert, selbst wenn er das gar nicht im Blick hat.

Für den Kreml gehörten die vorherigen Phasen dieses Kriegs zu einem großen, in vielen Teilen imaginierten, internationalen Spiel, in dem gleichermaßen nonchalant mal Sewastopol, mal Aleppo auf den Tisch geworfen wurden. Donezk kam irgendwo dazwischen – auch wenn das niemand laut gesagt hat.

Der Kreml hat die Beziehungen zur Ukraine nach 2014 nie als bilateral angesehen. Das Propagandabild eines Barack Obama, der Kiew unmittelbar steuert, hat auf die eine oder andere Weise sicherlich die Vorstellung Moskaus und ganz persönlich die von Putin über das Geschehen widergespiegelt. Alles Weitere hängt vom Rahmen ab, den der Kreml sich ausdenkt: Wenn es nun keinen Obama gibt, dann gibt es auch keine Regeln, nach denen man mit ihm spielen muss. Aber was nun die neuen Regeln sind, das wird man via *Trial and Error* herausfinden müssen.

Diese Logik kann man übrigens gleichermaßen auch auf die ukrainische Seite anwenden: Schließlich wurde über Trumps Loyalität gegenüber Russland in den vergangenen Monaten derart viel geredet, dass wohl keine Menschenseele sie im tiefsten Herzen anzweifeln konnte. Was muss passieren, damit die Stimme des amerikanischen Präsidenten in diesem Konflikt erklingt? Keiner weiß es, aber alle glauben, dass sie erklingen wird; also muss man ausprobieren. Und egal wie unterschiedlich die Ziele und Weltanschauungen Moskaus und Kiews sein mögen, Instrumente haben beide nur wenige, und das erste dieser Instrumente ist leider die Artillerie.

Das ist der einzig mögliche Schluss aus der Verschärfung um Awdijiwka: Ja, wir haben es mit einem diplomatischen Feldexperiment zu tun. Beide Seiten tasten in einer verfahrenen Situation mit Grad-Raketenfeuer neue Grenzen des Möglichen ab. Die Neutralität der russischen Machthaber gleicht einer Parodie, wenn die einzige offizielle Positionierung ein verhaltenes Mitgefühl für die Separatisten ist, bei denen sowieso allen klar ist, wie unabhängig diese von Moskau sind (nämlich gar nicht).

Aus diplomatischer Sicht ist das wahrscheinlich wirklich die bequemste Positionierung. Aber so bequem sie auch für internationale Deals ist, so unmoralisch ist sie in Bezug auf die sterbenden und ohne Obdach dastehenden Bewohner des Donbass auf beiden Seiten der Front.

Dasselbe gilt in Bezug auf die russischen Soldaten, deren Intervention (natürlich in der für diesen Krieg traditionell anonymen Form des *Nordwinds)* nun sowohl in Donezk als auch in Kiew erwartet wird. Menschenleben und Zerstörungen sind belanglos, es gibt nur gewichtige internationale Interessen und die vom Kreml geliebte Geopolitik, in der ein Anruf von Trump tatsächlich wesentlich mehr wert ist als hunderte Awdijiwkas und ihre Bewohner.

Die Chronologie dieses Krieges in Donezk ist verwirrend – es ist nicht einmal klar, ob man ihn als andauernd begreifen soll, oder ob man sagen kann, dass es vor einer Woche keinen Krieg gab, und er jetzt, da in Awdijiwka geschossen wird, erneut begonnen hat. Streng genommen hat es diesen Krieg im Leben der russischen Gesellschaft nie gegeben – es gab das Jahr 2014 mit Fernsehgeschichten über *Banderowzy [ukrainische Faschisten]* und Jubel ob des *Russischen Frühlings [durch die pro-russischen Separatisten in der Ostukraine],* es gab anschließend ein Umschalten der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit auf andere Themen. Und nun gibt es das Awdijiwka von heute, das nur noch als belangloser Hintergrund zu den Weltnachrichten läuft.

In der Zeit, als die Ukrainer sich ihrer Selbstwahrnehmung nach auf dem Höhepunkt eines *vaterländischen Krieges* befanden, scherzte in Russland die patriotische Öffentlichkeit, dass die russische Armee auf dem

Schlachtfeld sogar dann gewinne, wenn sie gar nicht anwesend ist. Zwei Jahre später kommt dieser patriotische Witz wie ein Bumerang zurück: Die Abwesenheit der russischen Gesellschaft in diesem Krieg schützt sie in keiner Weise vor großen Traumata, die sich auch noch Jahrzehnte später durch völlig unerwartete Probleme bemerkbar machen können.

In Russland verhält sich mittlerweile eine breite Masse gegenüber lebendigen Menschen so, als seien diese Statisten in TV-Geschichten. Es gibt eine allgemeine Bereitschaft, über den Krieg nur noch in der Sprache einer frei erfundenen Geopolitik zu sprechen, eine Gleichgültigkeit gegenüber Todesopfern und ein Desinteresse daran, ob die russische Armee sich an Konflikten beteiligt, und wenn ja, auf welcher Grundlage. All das hat die russische Gesellschaft auf jeden Fall verändert.

Bisher ist nicht klar, wer stärker traumatisiert ist – der, der bei der Beerdigung geweint hat, oder der, der den Tag der Beerdigung verbracht hat, ohne auch nur entfernt daran gedacht und sich nicht im geringsten dafür interessiert zu haben. Statt des *Russischen Frühlings* ist jetzt *Russischer Winter*. Aber wenn sein Schnee schmilzt, werden Schmutz und Blut, die unbemerkt unter ihm liegen, noch ihre Rolle spielen.

Über den Autor

Oleg Kaschin ist Journalist und politischer Kommentator. Er schreibt unter anderem für das Onlinemagazin Republic (vormals Slon) und moderiert eine Interviewsendung im Internetfernsehsender Doschd.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://republic.ru/posts/79215>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <http://www.dekoder.org/de/article/krieg-donbass-awdijiwka-donezk>

Republic

dekóder
[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DOKUMENTATION

Presseerklärung des Ukraine-Sondergesandten der OSZE

Press Statement of Special Representative of OSCE Chairperson-in-Office, Ambassador Martin Sajdik

KYIV, 7 February 2017—I welcome that as of today, fighting in the area of Avdiivka—Yasinuvata has significantly decreased. The Special Monitoring Mission (SMM), in close co-operation with the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC), has successfully negotiated ceasefire arrangements which enabled repair teams, civil society and international humanitarian organizations to restore power and water supply and to assist the local population. During more than a week of joint efforts, all those people on the ground have displayed extraordinary commitment and thereby prevented a far greater humanitarian disaster. It is inadmissible that on several occasions civilian repair teams have come under attack, which put their lives at risk and delayed rehabilitation of essential infrastructure. All sides must strictly adhere to their obligation to facilitate humanitarian efforts and to protect the civilian population!

We are still far from a full and sustainable ceasefire, to which all sides have committed at our last Trilateral Contact Group (TCG) consultations on 1 February. Ceasefire can only be achieved through unconditional withdrawal of all weapons regulated by the Minsk agreements. In particular, heavy weapons must be immediately withdrawn from residential areas. The indiscriminate use of heavy weapons in residential areas is irresponsible and constitutes an open violation of the Minsk agreements and international humanitarian law.

The TCG will closely follow developments in the area, including through extraordinary consultations if necessary. I fully support the relentless efforts of the SMM to further stabilize the situation in the area, including the appeals and constructive proposals on the protection of civilians and civilian infrastructure addressed by the Chief Monitor Ertugrul Apakan to the signatories of the Minsk agreements.

Quelle: <http://www.osce.org/cio/298231>

KOMMENTAR

Für die Ukraine sind Transparenz und Rechtstaatlichkeit wichtiger als De-Oligarchisierung

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

Oligarchen haben den ukrainischen Staat gekapert. Sie sind aber eher ein Symptom als die Ursache der Krise des Landes. Deshalb würde eine erfolgreiche De-Oligarchisierung keinen wirklichen Fortschritt bringen, sondern die alten Oligarchen nur durch neue ersetzen. Was die Ukraine stattdessen braucht, ist eine Kultur der Transparenz und Rechtstaatlichkeit.

Oligarchen an der Macht

Bereits über ein Jahrzehnt werden Oligarchen, politische einflussreiche Großunternehmer, trotz aller Umbrüche in der Ukraine als mächtigste Akteure gesehen. Wie in einigen anderen post-sozialistischen Staaten hatten sie – so die Formulierung von Joel Hellman, einem leitenden Wirtschaftswissenschaftler der Weltbank – den Staat »gekapert«. Obwohl die derzeitige politische Führung der Ukraine eine De-Oligarchisierung angekündigt hat, sehen viele Wähler und auch Experten die Ukraine weiterhin in den Fängen der Oligarchen.

Petro Poroschenko, einer der führenden Unternehmer des Landes, ist zum Präsidenten gewählt worden und hat entgegen seiner Wahlversprechen sein Unternehmen nicht verkauft. Ihor Kolomojskyj, ein weiterer ukrainischer Milliardär, der 2014 relativ früh auf die Seite des Euro-Maidans wechselte, hat es geschafft auch nach seinem Streit mit Poroschenko seinen Zugriff auf staatliche Gelder zu verteidigen. Selbst Oligarchen, die dem geflohenen Präsidenten Viktor Janukowitsch nahestanden, wie Rinat Achmetow und Dmitro Firtasch sind weiterhin gut im Geschäft.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist das zentrale Problem mit den Oligarchen, dass ihr Geschäftsmodell nicht auf Wettbewerb auf freien Märkten basiert, sondern Gewinne über undurchsichtige Deals mit Staatsvertretern erreicht. Die britische Zeitschrift Economist hat in ihrem »crony-capitalism«-Index geschätzt, das 2016 insgesamt 85 % des Vermögens der ukrainischen Milliardäre aus Wirtschaftsbranchen stammte, in denen der Staat die Profite verteilt. Im weltweiten Vergleich liegt die Ukraine damit auf dem dritten Platz. Die hohe Abhängigkeit von illegitimer und oft auch illegaler staatlicher Unterstützung bedeutet, dass die Oligarchen alle Mittel, einschließlich Korruption, einsetzen, um ihren politischen Einfluss zu verteidigen.

Wer genau ist ein Oligarch?

Es sind sich zwar fast alle einig, dass Oligarchen schlecht für die Ukraine sind, wer genau ein Oligarch ist, ist aber weniger klar. Wenn Präsident Poroschenko eine De-Oligarchisierung verspricht, denkt er dabei offensichtlich nicht an seine eigene Entmachtung. In ukrainischen politischen Debatten scheinen immer nur die anderen Oligarchen zu sein oder mit Oligarchen zusammenzuarbeiten. Die typische Definition für Oligarchen ist dann: Reiche Leute in der Politik, die wir nicht mögen.

Eine politikwissenschaftliche Definition beschreibt Oligarchen präziser als Großunternehmer, die politischen Einfluss zur Förderung ihrer Geschäftsinteressen nutzen. Sie unterscheiden sich damit von korrupten Politikern, die ihr Amt nutzen um Kontrolle über Unternehmen zu erhalten und um sich, ihre Familie und ihre Freunde reich zu machen. Dementsprechend ist der Lackmustext für Oligarchen, ob ihre Macht von ihrem Unternehmen oder von einem politischen Amt abhängt. Als Janukowitsch sein politisches Amt verloren hatte, verlor er sofort seine Macht und den größten Teil seines Vermögens. Dasselbe gilt für seine Familie und Freunde. Achmetow hingegen ist weiterhin einflussreich, da er als echter Oligarch seinen Einfluss auf seine Unternehmen und nicht auf politische Ämter gründet.

Dementsprechend kann argumentiert werden, dass der beste Weg die Oligarchen loszuwerden die Verstaatlichung ihrer Unternehmen ist. So einfach ist es aber nicht.

Systemrelevanz

Das erste Problem besteht darin, dass die Oligarchen viele Unternehmen kontrollieren, die in der aktuellen Sprache der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als systemrelevant bezeichnet werden können. Wenn der ukrainische Staat die Privatbank von Kolomojskyj verstaatlicht, muss er die damit verbundenen finanzielle Risiken übernehmen, da sie die Kunden der Bank mehr betreffen als den Oligarchen selbst. (Die Verstaatlichung der Privatbank wird ein Thema in der nächsten Ukraine-Analyse sein.) Wenn der Staat versucht, den Einfluss der Oligarchen im Energiesektor zurückzudrängen, können diese ihre Verbündeten in Unternehmensleitungen und ihr Insider-Wissen nutzen, um sich zu wehren und dem Staat mit dem Zusammenbruch wichtiger Infrastruktur zu drohen. Wer würde sich in dieser Situation darauf verlassen, dass die Oligarchen sich genug um die Ukraine

sorgen, um nicht ihren Zusammenbruch zu provozieren? Im Ergebnis bedeutet dies, das nicht alles was für die Oligarchen schlecht ist, automatisch für die Ukraine gut ist.

Nur ein Symptom

Aber das eigentliche Problem ist deutlich größer. Die Oligarchen sind nur die Spitze des Eisbergs. Im Grunde funktioniert fast die gesamte Ukraine nach der Logik der Oligarchen, selbst wenn keine Oligarchen beteiligt sind. Auch hier gibt es einen einfachen Test: Wenn die Oligarchen das zentrale Problem sind, dann sollten Reformen in Bereichen, die die Oligarchen nicht interessieren, klare Erfolgsgeschichten sein. Wie die großen Widerstände gegen Reformen im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich oder beim Wahlrecht zeigen, ist dies aber nicht der Fall. Es gibt viele einflussreiche Interessengruppen, die Reformen verhindern wollen und dazu undurchsichtige politische Verbindungen nutzen.

Das führt zu einer anderen Schlussfolgerung. Das ukrainische Regierungssystem ist zu einem Selbstbedienungsladen für jeden mit einem Hauch von Einfluss verkommen. Nicht nur Oligarchen, sondern auch politische Parteien, Hochschulrektoren und Chefärzte, Zollbeamte und Richter sehen den Staat vor allem als Quelle zusätzlicher Einkommen. Wenn in so einem System Oligarchen ihren politischen Einfluss verlieren, werden sie einfach von anderen ersetzt. Nicht nur auf der Seite der Wirtschaft, sondern auch auf der Seite des Staates suchen so die meisten nach Möglichkeiten sich selber zu bereichern, statt das Land zu entwickeln. Das ist traurig, aber nicht ungewöhnlich. Genau diese Erwartung, dass Macht korrumpiert, war schon der Ausgangspunkt der ersten demokratischen Verfassungsdebatte.

Die Demokratie kann zurückschlagen

Die Federalist Papers, die 1787/88 von drei Gründungsvätern der USA verfasst wurden, argumentieren, dass politische Macht jeden korrumpieren kann und dass ein verantwortungsvolles Regierungssystem deshalb verlangt, dass alle Amtsinhaber kontrolliert werden. Eine Voraussetzung für funktionierende Kontrollen sind Transparenz und Rechtstaatlichkeit. Um diese zu gewährleisten, reicht es offensichtlich nicht aus, die Oligarchen zu entmachten. Ein selektives Vorgehen gegen einflussreiche Oligarchen kann sogar kontraproduktiv sein, wenn der Eindruck entsteht, alle anderen dürften sich weiter bereichern wie bisher.

Transparenz ist jedoch eine schwere Belastung für die politische Kultur eines Landes im Demokratisierungsprozess. Im Fall der Ukraine zeigt sich dies deutlich bei den elektronischen Vermögensdeklarationen führender Politiker und Beamter, die in der vorhergehenden Ausgabe der Ukraine-Analysen dokumentiert wurden. Die Vermögensdeklarationen sind natürlich ein wichtiger Schritt in Richtung Transparenz und können dem Kampf gegen Korruption neuen Schwung verleihen. Gleichzeitig führten die Vermögensdeklarationen aber dazu, dass Medienberichterstattung und öffentliche Debatten derzeit noch stärker auf Korruption konzentriert sind als unter Präsident Janukowitsch. Obwohl Transparenz und die erfolgreiche Aufdeckung von Korruptionsfällen eigentlich ein Fortschritt sind, führt die Vielzahl der bekanntwerdenden Fälle so dazu, dass die Bevölkerung resigniert die Allgegenwart von Korruption konstatiert. So entsteht anstelle einer breiten Unterstützung für die Bekämpfung von Korruption schnell eine politische Kultur des Zynismus, die alle Politiker für gleich korrupt hält und sehr anfällig für Populisten ist, die statt konkreter Strategien vor allem laute Vorwürfe und einfache Parolen bieten.

In dieser Situation ist dringend eine neue politische Kultur erforderlich, die verlangt, dass Transparenz durch Rechtstaatlichkeit ergänzt wird und die versteht, dass Demokratie als »Volksherrschaft« bedeutet, dass das Volk nicht nur bei Wahlen und »Revolutionen« politisch aktiv werden muss, sondern fortwährend informiert und aktiv sein muss, um durch politischen Druck Machtmissbrauch zu verhindern. Wenn, wie in der Ukraine, die im politischen System vorgesehenen Kontrollen durch Parlament und Justiz nicht wirklich funktionieren, kann nur die öffentliche Forderung nach konkreten, klaren und konsistenten Reformen durch die Wähler selber ein Gegengewicht zur Selbstbedienungsmentalität in Politik und Wirtschaft sein. EU und IWF können in Einzelfällen Forderungen Nachdruck verleihen, wie etwa bei ProZorro und Vermögensdeklarationen. Ohne dauerhafte Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft bleiben dies aber Einmaleffekte.

Regeln, nichts als Regeln!

Dementsprechend ist die zentrale Herausforderung nicht die Zurückdrängung des oligarchischen Einflusses in konkreten Unternehmen. Die Vermögensdeklarationen und das staatliche Beschaffungssystem ProZorro sind viel wichtigere Schritte in Richtung Transparenz und Rechtstaatlichkeit. Wenn diese Reformen erfolgreich sind, werden die Oligarchen sie früher oder später akzeptieren müssen und sich an transparente und rechtskonforme Geschäftstätigkeit gewöhnen müssen. Auch die »robber barons«, politisch einflussreiche Großunternehmer, die vor einem Jahrhundert in den USA Politik und Wirtschaft manipulierten, wurden nicht durch den Feldzug eines Präsidenten entmachtet, sondern durch die Anwendung des für alle Unternehmen gültigen Kartellrechts.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er ist derzeit in Vertretung Chefredakteur der Ukraine-Analysen.

Die englische Originalfassung des vorliegenden Beitrags ist auf Vox Ukraine veröffentlicht worden: <http://voxukraine.org/2017/01/19/oligarchs-more-a-symptom-en/>

Eine russische und ukrainische Übersetzung ist von Novoe Vremya publiziert worden: <http://nv.ua/opinion/pleines/oligarhi-simptom-a-ne-prichina-krizisa-v-ukraine-497385.html> bzw. <http://nv.ua/ukr/opinion/pleines/oligarhi-simptom-a-ne-prichina-krizi-v-ukrajini-497385.html>

Lesetipps

- Economist: Our crony-capitalism index, 07 May 2016, <http://www.economist.com/news/international/21698239-across-world-politically-connected-tycoons-are-feeling-squeeze-party-winds>
- Halling, Steffen / Susan Stewart: Die »Deoligarchisierung« in der Ukraine, SWP-Aktuell 2016/A 69, November 2016, <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-deoligarchisierung-in-der-ukraine/>
- Hellman, Joel S. / Geraint Jones / Daniel Kaufmann: Seize the State, Seize the Day: State Capture, Corruption, and Influence in Transition, World Bank Policy Research Working Papers, September 2000, <http://elibrary.worldbank.org/doi/abs/10.1596/1813-9450-2444>
- Pleines, Heiko: Oligarchs and Politics in Ukraine, in: Demokratizatsiya 24:1 (2016), S. 105–127, <https://muse.jhu.edu/article/610188>

DOKUMENTATION

Die Ukraine in internationalen Korruptions- und Transparenz-Rankings

Corruption Perception Index

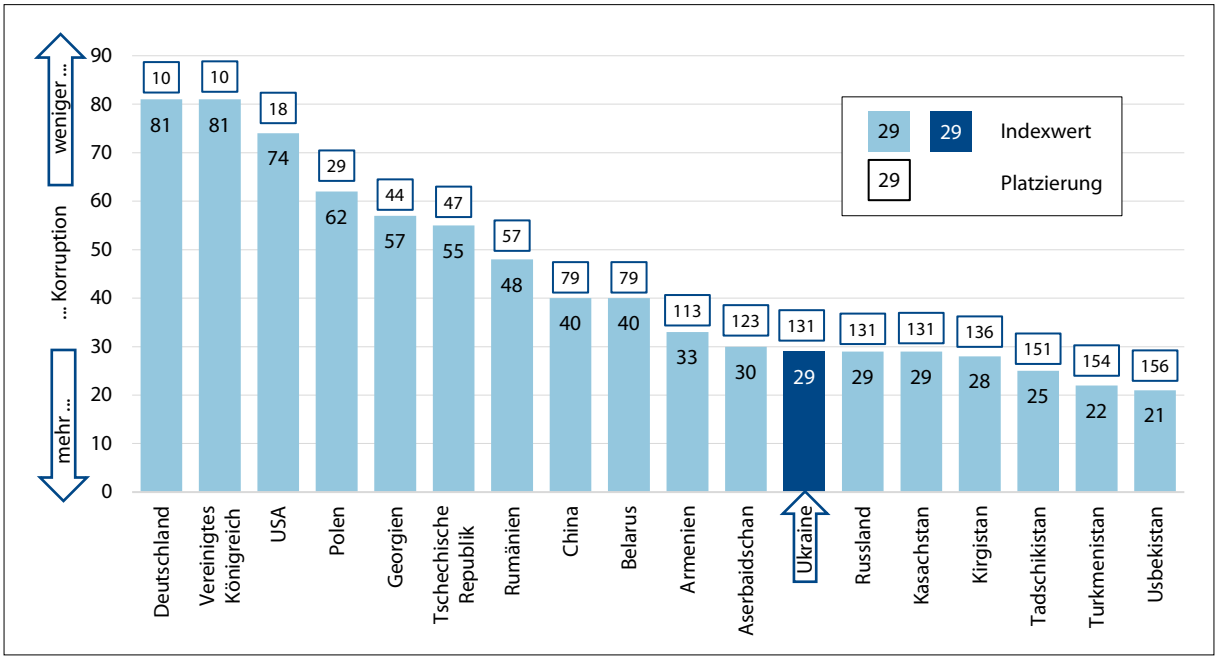
Erstellt von: Transparency International
Seit: 1995
Häufigkeit: jährlich
Die Daten beziehen sich auf die vorangegangenen 24 Monate
Erfasste Länder: derzeit 176
Internetadresse: <http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi>
Update: 05.02.2017

Kurzbeschreibung:

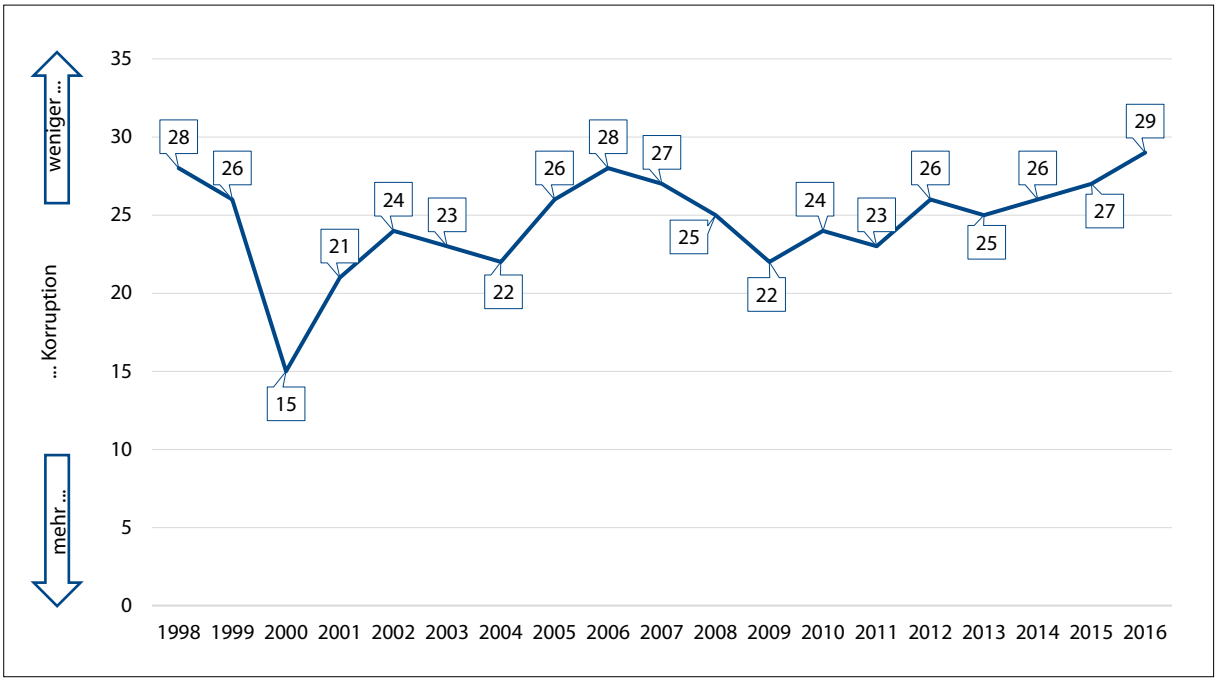
Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten.

Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 100 (nicht korrupt) erfasst. Vor 2012 wurden die Ergebnisse auf einer Skala von 0 (extreme korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu ermöglichen, wurden die bisherigen Daten (2011 einschließlich) daher nachträglich mit dem Faktor 10 multipliziert.

Grafik 1: Corruption Perceptions Index 2016: Indexwert und Platzierung



Grafik 2: Corruption Perception Index Ukraine 1998–2016: Indexwert

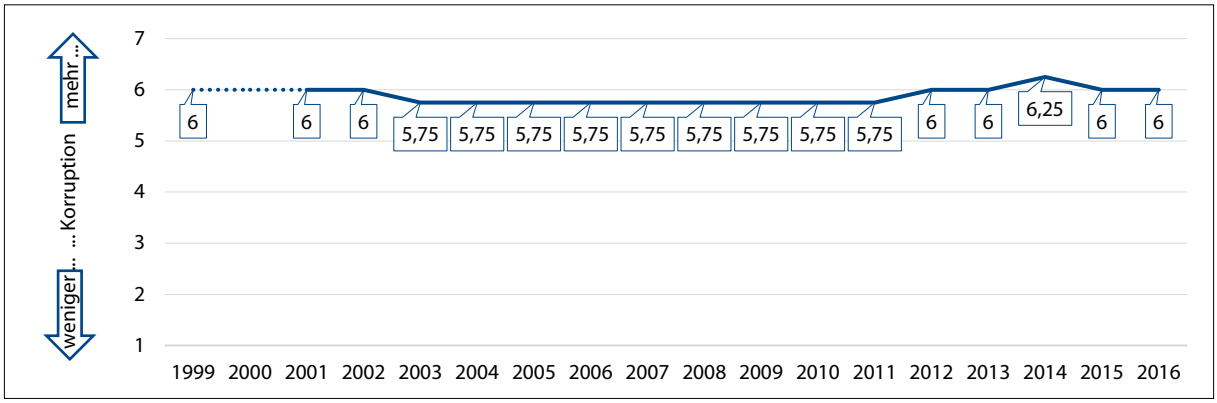


Freedom House: Nations in Transit: Sub-Index Korruption

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)
Seit: 1997
Häufigkeit: jährlich
Daten sind für das Vorjahr
Erfasste Länder: derzeit 29 post-sozialistische Staaten
Internetadresse: <http://freedomhouse.org/reports>
Update: 05.02.2016

Kurzbeschreibung:
Die Bewertung basiert auf dem Länderbericht eines Experten, der folgende sieben Bereiche analysiert: nationales Regierungssystem, Wahlen, Medien, lokale Selbstverwaltung, Zivilgesellschaft; Rechtsstaatlichkeit, Korruption. Amerikanische sowie zentral- und osteuropäische wissenschaftliche Berater evaluieren und überprüfen die Berichte auf Genauigkeit, Objektivität und vollständige Informationen. Die Länderbewertungen spiegeln den Konsens von Freedom House, Nation in Transit und der Autoren wider. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 1 (demokratisch) bis 7 (autoritär).

Grafik 3: Nations in Transit: Ukraine: Subindex: Korruption 1999–2016



Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor. Es wurde ein gleitender Durchschnitt gebildet.

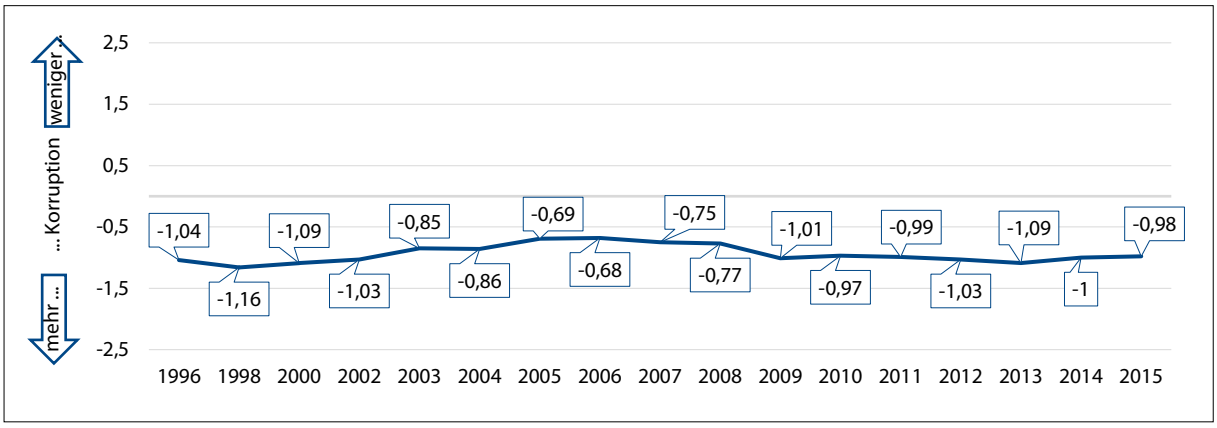
Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle

Erstellt von: Weltbank
Seit: 1996
Die Daten beziehen sich auf das entsprechende Jahr der Evaluation und werden ein Jahr später veröffentlicht
Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)
Erfasste Länder: derzeit 215
Internetadresse: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home>
Update: 09.02.2015

Kurzbeschreibung:
Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2007 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert: Bürgerbeteiligung und Kontrolle, politische Stabilität und das Fehlen von Gewalt, Regierungseffizienz, Qualität der Regulierung, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle. Der Index für jede Kategorie gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller für die jeweilige Kategorie relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von –2,5 bis + 2,5.

Der gesamte Datensatz ist 2010 überarbeitet worden, wobei auch die Daten für frühere Jahre geändert wurden. Die resultierenden Abweichungen sind in den meisten Fällen gering.

Grafik 4: Worldwide Governance Indicators: Ukraine: Subindex: Korruptionskontrolle 1996–2015



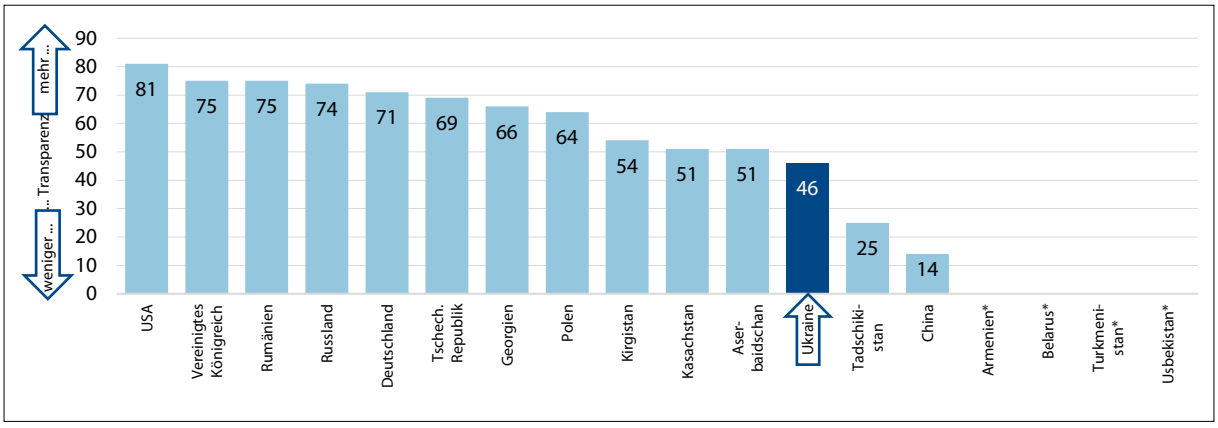
Open Budget Index

Erstellt von: Center on Budget and Policy Priorities
Seit: 2006
Häufigkeit: alle zwei Jahre (geplant)
Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.
Erfasste Länder: derzeit 102
Internetadresse: <http://internationalbudget.org/opening-budgets/open-budget-initiative/open-budget-survey/>
Update: 11.10.2016

Kurzbeschreibung:
Der Open Budget Index ist eine Ableitung von (im Jahre 2015) 109 Fragen des auch vom Center on Budget and Policy Priorities herausgegebenen Open Budget Questionnaire. Er bewertet den Umfang der öffentlich verfügbaren Informationen zu den acht grundlegenden Haushaltsdokumenten, die alle Länder während der Erstellung des nationalen Haushalts herausgeben sollen.

Bei der Beantwortung der Fragen werden jeweils 100 % bis 0 % als Gradmesser für das Einhalten der Transparenz-Standards, der öffentlichen Mitwirkung am Haushaltsprozess und institutionellen Aufsicht vergeben. Der Index entspricht dem einfachen Durchschnittswert dieser Prozentzahlen.

Grafik 5: Open Budget Index 2015



** keine Werte erhoben*

CHRONIK

23. Januar – 5. Februar 2017

23.01.2017	Die Namen von neun der insgesamt 29 Abgeordneten, gegen die die Generalstaatsanwaltschaft wegen Ungereimtheiten in ihrer elektronischen Vermögensdeklaration ein Verfahren eingeleitet hat, gelangen an die Öffentlichkeit. Es handelt sich um zwei Abgeordnete des Oppositionsblocks, jeweils einen aus den Parlamentariergruppen Wiedergeburt und Volkswille, zwei der Radikalen Partei Oleh Ljaschkos, zwei Abgeordnete der Partei Volksfront sowie einen des Block Petro Poroschenko. Hauptgrund für die Untersuchungen ist die fehlende Übereinstimmung der Einträge in der Vermögensdeklaration mit Angaben, die die Abgeordneten gegenüber der Steuerbehörde gemacht haben.
23.01.2017	Wirtschaftsminister Stepan Kubiw erklärt, im Jahr 2016 seien etwa 3,6 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen ins Land geflossen. Das sei doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Die größten Investitionen kommen aus einigen westeuropäischen Ländern, aus Russland – sowie aus Zypern und den British Virgin Islands, beides beliebte Standorte für Offshore-Anleger.
25.01.2017	Die Organisation Transparency International veröffentlicht ihren Corruption Perception Index für das Jahr 2016, der auf Expertenbefragungen zur Wahrnehmung von Korruption basiert. Darin erhält die Ukraine 29 von 100 Punkten (wobei ein Wert von 100 vollständige Korruptionsfreiheit bedeutet). In der Rangliste der erfassten Staaten liegt sie damit auf Platz 131 von 176, gleichauf mit Russland, dem Iran und Kasachstan. Im Vorjahr hatte die Ukraine 27 Punkte erhalten. Mit der leichten Verbesserung würdigen die befragten Experten die Anstrengungen im Kampf gegen die Korruption, u. a. mit dem elektronischen System für öffentliche Beschaffungen ProZorro und den elektronischen, öffentlich einsehbaren Vermögensdeklarationen hoher Beamter.
26.01.2017	In Bachtschissaraj auf der Krim wird der Anwalt Emil Kurbedinow festgenommen. Nach Informationen eines Korrespondenten von Radio Liberty findet gleichzeitig eine Razzia in seinem Büro in Simferopol statt. Kurbedinow verteidigt Angeklagte auf der Krim in mehreren Fällen, unter anderem Ilja Umerow, den stellvertretenden Vorsitzenden des bereits als extremistisch verbotenen Medschlis, der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren.
26.01.2017	Die ukrainische Polizei eröffnet ein Verfahren gegen eine Gruppe von Aktivisten, die in der Region Luhansk eine Eisenbahntrasse blockieren und so den Frachtverkehr zwischen dem von Separatisten kontrollierten Teil und dem ukrainisch kontrollierten Teil der Region unterbinden. Nach Polizeiangaben befinden sich auch einige Abgeordnete unter den Aktivisten. Die Ukraine bezieht unter anderem Kohle aus den Sepratistengebieten, die der Energieversorgung dient. Die Abgeordnete Natalja Weselowa von der Partei Selbsthilfe erklärt, wenn die Blockade noch mehrere Wochen andauere, werde man gezwungen sein, entweder mehr Kohle aus Russland zu importieren oder die Stromerzeugung zu unterbrechen. Dies hätte Ausfälle der Energieversorgung u. a. in Sewerodonezk und Schtschastje zur Folge.
26.01.2017	Die zuständige Kommission erhöht die Tarife für die Wasserversorgung. Abhängig davon, ob sie bereits im Jahr 2016 erhöht worden waren, steigen die Preise unterschiedlich stark für verschiedene regionale Abnehmer. Der Anstieg liegt zwischen 9 % und 37 %.
27.01.2017	In der Region Donezk kommt es zu neuerlichen Gefechten zwischen ukrainischen und separatistischen Kräften, die einige Todesopfer fordern. Es kommen auch schwere Waffen zum Einsatz.
27.01.2017	US-Präsident Donald Trump erklärt, es sei zu früh, über eine Rücknahme der Sanktionen gegen Russland zu sprechen. Zuvor hatte eine Beraterin Trumps erklärt, die Frage der Sanktionen werde neu erörtert. Im Wahlkampf hatte Trump in Aussicht gestellt, die Sanktionen gegen Russland zurückzunehmen. Einige Stunden später bekräftigen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und sein französischer Amtskollege Jean-Marc Ayrault in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Sanktionen gegen Russland nur in dem Falle aufgehoben werden könnten, wenn Russland seinen Teil des Minsker Protokolls erfülle.

28.01.2017	In Mecklenburg-Vorpommern werden Heinz-Peter Hahndorf, ein Kriminalhauptkommissar des Landeskriminalamtes und die Unternehmensberaterin Christina Wilkening zu je mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Über Hahndorf hatte Wilkening – gegen die Zahlung von Schmiergeld – geheime Informationen des LKA erhalten. Sie führte unter anderem einen Auftrag des ukrainischen Unternehmers Dmytro Firtasch aus, der auf diesem Weg Angaben zu seinem Gerichtsverfahren in den USA erhalten wollte. Ein Verfahren gegen Firtasch wird zunächst nicht eingeleitet.
28.01.2017	Nach Angaben des staatlichen Statistikdienstes lag das durchschnittliche Realeinkommen im Dezember 2016 um 12 % höher als im selben Monat des Jahres 2015.
29.01.2017	Bei Awdijiwka in der Region Donezk, das von der ukrainischen Seite kontrolliert wird, kommt es zu schweren Kämpfen, es gibt Tote auf beide Seiten. Nach ukrainischen Angaben werden zwei Zivilisten verletzt.
30.01.2017	Am frühen Morgen gibt die OSZE-Beobachtermission bekannt, dass es in den vergangenen 24 Stunden insgesamt 2260 Verletzungen des Waffenstillstandes gegeben habe.
30.01.2017	Pawlo Scherbinskyj, der Verwaltungschef des von der Ukraine kontrollierten Teils der Region Donezk, erklärt, dass während der Kämpfe in Awdijiwka die Leitungen so stark beschädigt worden seien, dass die Stadt bis auf Weiteres ohne Strom, Wasser- und Fernwärmeversorgung sei.
30.01.2017	Wegen der erneut aufgeflammten Kämpfe im Osten des Landes unterbricht Präsident Petro Poroschenko seinen Besuch in Deutschland und reist vorzeitig zurück. Nach Angaben des Chefs der Präsidialverwaltung, Konstantin Jelisejew, beruft Poroschenko eine außerordentliche Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe aus Vertretern der OSZE, Russlands und der Ukraine ein.
31.01.2017	In der Nacht setzen sich die Kämpfe bei Awdijiwka in der Region Donezk fort. Laut ukrainischen Quellen soll auch ein Wohnviertel beschossen worden sein. Die OSZE-Beobachtermission berichtet von einem durch Granatsplitter verletzten Zivilisten in einem Krankenhaus im von Separatisten kontrollierten Donezk. Am Folgetag nimmt sie Berichte über Granatsplitterverletzungen einer Frau im von der Regierung kontrollierten Kurachowe westlich von Donezk auf und registriert den Tod einer Zivilistin in Makijiwka, das unter Kontrolle der »Volksrepublik Donezk« steht. Nach Angaben des Krankenhauspersonals sei sie sie ihren Verletzungen erlegen, die sie nach Granatbeschuss ihres Hauses erlitten habe.
31.01.2017	Der Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission Ertugul Apakan ruft beide Seiten zur sofortigen Einstellung des Feuers und zum Abzug der schweren Waffen von der Frontlinie auf. Der Schutz der Zivilbevölkerung müsse höchste Priorität haben. Zuvor waren in einigen Teilen Awdijiwkas die Kämpfe bereits zum Erliegen gekommen.
01.02.2017	Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet mit der Unterstützung aller Mitglieder eine Presseerklärung, in der er zu einem sofortigen Ende der Gewalt in Awdijiwka aufruft, den Einsatz schwerer Waffen verurteilt und auf die Resolution 2202 aus dem Jahr 2015 hinweist, die alle Beteiligten zur Einhaltung der Minsker Vereinbarungen aufruft.
01.02.2017	Die OSZE-Beobachtermission stellt auf beiden Seiten der Frontlinie in der Umgebung von Awdijiwka mehrfach Schäden in Wohngebieten fest, die durch Granat- und Raketenbeschuss entstanden seien.
01.02.2017	Nach Angaben des Ministers für Sozialpolitik, Andryj Rewa, besteht der Internationale Währungsfonds (IWF) in den Gesprächen mit der ukrainischen Regierung auf der Erhöhung des Rentenalters. Die ukrainische Seite sei dagegen.
01.02.2017	Verteidigunsminister Stepan Poltorak erklärt, ein Transportflugzeug der ukrainischen Armee sei von einer Bohrinsel im Schwarzen Meer, die Russland im Zuge der Krim-Annexion übernommen hatte, beschossen worden. In ukrainischen Medien kursieren Fotoaufnahmen, die ein einzelnes Loch im Flugzeugrumpf zeigen. Ein Vertreter des Stabes der russischen Schwarzmeerflotte entgegnet später, es seien von den Bohrinseln lediglich vier Leuchtraketen abgefeuert worden, als das Flugzeug sich genähert habe. In einer Note unterstreicht das russische Verteidigungsministerium, das Flugverhalten des ukrainischen Flugzeugs habe eine Gefahr für das Personal auf den Bohrinseln dargestellt.
01.02.2017	Ein OSZE-Vertreter berichtet, die trilaterale Kontaktgruppe aus OSZE, Russland und der Ukraine habe einen Austausch von Gefangenenlisten der ukrainischen Streitkräfte und der Separatisten vereinbart.

02.02.2017	In einem Interview mit deutschen Medien bekräftigt Präsident Petro Poroschenko seine Absicht, die Ukraine in die NATO und die EU zu führen. Bezüglich eines NATO-Beitritts verspricht er, ein Referendum abzuhalten.
02.02.2017	Bei einem Staatsbesuch in Ungarn beschuldigt der russische Präsident Wladimir Putin die ukrainische Seite, die Eskalation der Gewalt im ukrainisch kontrollierten Awdijiwka provoziert zu haben. Erstens brauche die Ukraine Geld, das sie von westlichen Staaten und internationalen Organisationen zu bekommen versuche, indem sie sich als Opfer darstelle. Zweitens wolle die Ukraine die neue US-Regierung dazu bewegen, mit der Ukraine in einen Dialog über »innere Angelegenheiten« der Ukraine zu treten.
03.02.2017	Die britische Journalistengruppe Bellingcat legt einen Bericht zur Eskalation der Gewalt um das ukrainisch kontrollierte Awdijiwka vor, der auf frei zugänglichen Materialien, wie etwa OSZE-Berichten, Satellitenbildern und Fotos aus sozialen Medien basiert. Die Gruppe kommt zu dem Schluss, dass zumindest am 31. Januar die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« von Wohngebieten in Donezk aus in Richtung Awdijiwka gefeuert haben.
03.02.2017	Nach Angaben des Finanzministeriums liegen die Staatsschulden im Dezember 2016 bei 71 Milliarden US-Dollar. Seit Beginn des Jahres sind die Schulden damit um 8 % gestiegen.
04.02.2017	Nach Angaben des Weißen Hauses verspricht US-Präsident Donald Trump in einem Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, dass die USA sowohl mit Russland als auch mit der Ukraine gemeinsam daran arbeiten werden, den Frieden entlang der ukrainischen Grenze wiederherzustellen
05.02.2017	Auf der Krim wird der Anwalt Emil Kurbedinow, der unter anderem krimtatarische politische Aktivisten in Extremismusprozessen verteidigt, nach zehn Tagen Arrest wieder freigelassen.
05.02.2017	Am Vormittag wird in Awdijiwka die Wasser- und Fernwärmeversorgung wieder hergestellt, am Nachmittag verkündet Präsident Petro Poroschenko, dass auch die Stromversorgung wieder eingerichtet sei.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter <www.laender-analysen.de>.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>

Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.